

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Weltliche Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 20 Pf. ohne Anträge. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverband-Bürokontor Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die Inseratipolizei (Vollseite) 50 Pf., außerhalb der Hauptamtsbehörde 75 Pf., im amtlichen Teil (außer von Behörden) die Seite 200 Pf. — Ganzseitige Reklame 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 111

Sonnabend den 14. Mai 1921

87. Jahrgang

Das im Grundbuche für Schlottwitz Blatt 6 auf den Namen des Landwirts Gerhard Martin Kaiser in Dönschen eingetragene Grundstück soll

am 1. Juli 1921 vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück Nr. 9 b, 74 bis 79, 79 b, 80, 81, 82, 82 b, 83, 84, 88, 88 a, 89 a des Flurbuchs, nach diesem 24 Hektar 84,7 M. groß und auf 73.092 M. 50 Pf. einschl. 1592 M. 50 Pf. Wert des Zubehörs geschätzt, besteht aus Wohnhaus, Scheunengebäude mit Geräteschuppen und Seitengebäude, Hofraum, Garten, Riesenhoch- und Birkenwald, Feld und Wiese. Die Gebäude sind zur Brandklasse mit 81.600 M. eingeschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweiszulungen, insbesondere der Schätzungen, ist jedem gestattet. Rechte auf Be-

triebung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 24. März 1921 verlaubten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aussöderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigensfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgeleget werden müssen. Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Zuschlags die Aushebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigensfalls fällt das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Dippoldiswalde, den 11. Mai 1921. Ja 1/21. Nr. 2. Das Amtsgericht.

Die sächsische Landwirtschaft und das Umlageverfahren für Brotgetreide.

Der Reichsrat hat bekanntlich die Einführung der vollständig freien Wirtschaft für Brotgetreide abgelehnt und sich für Beibehaltung der Zwangswirtschaft ausgesprochen; nur hinsichtlich der Erfassung soll in Zukunft eine wesentliche Änderung eintreten, indem anstelle der allgemeinen Beschloßnahme das Umlageverfahren tritt. Der sächsische Landeskulturrat steht nun auf dem Standpunkt, daß das Umlageverfahren für die Landwirtschaft einen gewissen Fortschritt bedeutet, daß aber die Art der Durchführung ausschlaggebend ist. Der vom Reichsernährungsministerium aufgestellte Entwurf aber enthalte Bestimmungen, die zu den größten Bedenken Anlaß geben. Der Landeskulturrat hat sich infolgedessen auch veranlaßt gesehen, an den zuständigen Stellen namentlich gegen die vorgesehene Verteilung auf die Länder die schwersten Bedenken zur Geltung zu bringen. Zur Begründung wird vom Landeskulturrat folgendes ins Feld geführt:

„Im Durchschnitt des Reichs entfallen auf 100 Hektar Anbaufläche 119 Selbstversorger, in Pommern, also einer Provinz mit viel Großgrundbesitz, nur 80, in Bayern hingegen 123,4 und in Württemberg sogar 208,4 Selbstversorger, Sachsen hat ähnliche Besitzverhältnisse wie Süddeutschland. Die Zahl der Selbstversorger müßte demnach ungefähr die gleiche Verhältniszahl wie Bayern ergeben. Da Wirklichkeit aber entfallen in Sachsen auf 100 Hektar Anbaufläche nur 74,1 Selbstversorger, es sind also weniger vorhanden als in Pommern.“

Auf dieser Grundlage aufgebaut führt die Verteilung der Umlage geradezu zu absurdem Ergebnissen. Wird Arbeitskraft- und Saatzubedarf berücksichtigt und für die Selbstversorger eine Menge von 200 Kilogramm in Ansatz gebracht, so hätte zu liefern Sachsen 249.754 Tonnen, dagegen Bayern, dessen Anbaufläche viermal so groß ist, 288.771 Tonnen und Württemberg, das eine Anbaufläche hat, die der sächsischen ziemlich nahe kommt, nur 16.948 Tonnen, also den 15. Teil. Es handelt sich bei den vorliegenden Zahlenangaben zwar um den ungünstigsten Fall, immerhin ist auch bei anderen Sähen die Verteilung für Sachsen so ungerecht, daß der in Vorschlag gebrachte Maßstab mit der größten Entschiedenheit abgelehnt werden muß.

Mit dem Umlageverfahren überhaupt kann sich die Landwirtschaft nur absind, wenn die Reichsregierung den Gedanken aufgibt, größere Mengen erfassen zu wollen, als während der Zwangswirtschaft. Nach dem Entwurf sollen jedoch 3,5 Millionen Tonnen ausgebracht werden, also die doppelte Menge, wie im Vorjahr ebenfalls bewirtschaftet wurde. Das bringt keine Erleichterung, sondern neue Schwierigkeiten. Die sächsische Landwirtschaft hat ihre Pflicht in hohem Maße erfüllt, sie steht hinsichtlich der Ablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse an der Spitze. Das kann und darf aber nicht Veranlassung sein, sie nun besonders stark heranzuziehen. Eine gerechte Verteilung läßt sich nur erzielen, wenn die Anbaufläche in Verbindung mit den Erzeugnissen zugrunde gelegt werden und eine gewisse Abstufung nach Größenklassen eintreffe.“

Die Stellung der sächsischen Reichstagsabgeordneten zum Ultimatum.

Bei der namenslichen Abstimmung in der Reichstagsabstimmung vom Dienstag über den Antrag Müller-Franken-Limbom und Genossen, betr. Annahme des Ultimatums der Entente, stimmten die sächsischen Reichstagsabgeordneten wie folgt:

Dr. Barth-Chemnitz (Dnat.) Nein.

Brauer-Chemnitz (Dnat.) Nein.

Brodau (Dem.) Nein.

Buchhardt (USP.) Ja.

Brünninghaus (Dnat.) Nein.

Buck (Soz.) nicht anwesend.

Burkhardt (Dtr.) Ja.

Domsch-Dresden (Dnat.) nicht anwesend.

Dr. Everling (D. Vp.) Nein.

Fiedelsen (D. Vp.) Nein.

Flechner (USP.) nicht anwesend.

Geyer-Leipzig (USP.) Nein.

Dr. Geyer-Sachsen (USP.) nicht anwesend.

Dr. Götz (Dem.) Ja.

Dr. Grädner (Soz.) Ja.

Dr. Heine (D. Vp.) Ja.

Dr. Höglund (Dnat.) Nein.

Jäckel (USP.) nicht anwesend.

Kahmann (Soz.) Ja.

Kräthig (Soz.) Ja.

Kuhnk (USP.) Ja.

Dr. Kühl (Dem.) Nein.

Dr. Freiherr von Lersner (D. Vp.) Nein.

Lipinski (USP.) nicht anwesend.

Meier-Jwickau (Soz.) Ja.

Molkenbuhr (Soz.) Ja.

Dr. Philipp (Dnat.) Nein.

Pinkau (Soz.) Ja.

Puchta (Soz.) Ja.

Dr. Reichert (Dnat.) nicht anwesend.

Ristau (USP.) Ja.

Rössel (USP.) Ja.

Schilling (Soz.) Ja.

Schirmer-Dresden (USP.) nicht anwesend.

Schmidt-Sachsen (Soz.) Ja.

Seger (USP.) nicht anwesend.

Dr.-Ing. Sorge (D. Vp.) Nein.

Stücklen (Soz.) nicht anwesend.

Tuch (D. Vp.) Nein.

Franz Jeklik (PPD.) Nein.

Joseph von Hohenzollern, soll am Geburtstage des Königs, am 25. Mai, in Elbendorf stattfinden.

Maize. Für die vom 4.—6. Juni hier stattfindende 25-jährige Jubiläum und Fahnenweihe des hiesigen Turnvereins (D. T.), verbunden mit Wettkämpfen, ist folgende Feierordnung entgültig aufgestellt. Sonnabend den 4. Juni von 5—6 Uhr nachm. ab Empfang der Wettkämpfer, Kampfrichter und Gäste. 7 Uhr Kampfrichteröffnung. 8 Uhr Zapfenstreich. 9 Uhr Rommers im Gasthof zum Erbgericht. Sonntag den 5. Juni fehlt 5 Uhr Wettkampf. 6 Uhr Bezirkswettkämpfe. Zwölftausend Gäste können teilnehmen. 9 Uhr Rückgang. Eröffnung der verstorbenen und gefallenen Vereinsmitglieder. 10—12 Uhr Empfang der Vereine. 12—1 Uhr Blasmusik und Mittagspause. 1/2 Uhr Stellen zum Festzug. 2 Uhr Festzug. 3 Uhr Weihe der Fahne auf dem Festplatz. 4 Uhr Kreisfeierabend, Sondervorführungen, Bezirkjugendwettturnen, Dreikampf, Geräteturnen und Spiele. 1/2 7 Uhr Siegerverkündigung. 7 Uhr Einzug. Festball im Gasthof zum Erbgericht. Montag den 6. Juni 10—12 Uhr Frühstück und Fahnenentzündung auf dem Fünfzehn. 1/2 7 Uhr Stellen zum Festzug. 2 Uhr Festzug nach dem Festplatz, daselbst Turnen und Spiele. 6 Uhr Einzug. 7 Uhr großer Festball.

Pirna. Die noch guterhaltene Kirche des alten Pirnaer Dominikanerklosters, die seit langen Jahrzehnten als Zollniederlage Verwendung findet, soll nun aus dieser un würdigen Lage befreit werden. Es sind Verhandlungen eingeleitet, um das Eigentumrecht an der Kirche an die Stadt übergehen zu lassen.

Bab Gossensa. Nachdem nun mehr der leite der Kriegsgefangenen von hier heimgekehrt ist, soll zu Ehren derselben ein öffentlicher Begrüßungsabend veranstaltet werden.

Meißen. In Meißen ist der Stadtrat mit zwei Dritteln Sozialdemokraten und das Stadtverordnetenkollegium mit 18 bürgerlichen und 18 linksstehenden Vertretern besetzt. Da der Vorsteher ein Sozialdemokrat ist, hat die Linke die Mehrheit mit dem Erfolge, daß fast alle von rechts kommenden Anträge verworfen und alle von links kommenden angenommen werden. Interessant war die leile Sitzung, in der der Haushaltplan von der sozialdemokratischen Mehrheit mit einem Fehlbetrag von 5.424.000 M. genehmigt wurde — bis auf 50 M. Alle Anstrengungen der bürgerlichen Fraktionen und alle Mahnungen zur Sparsamkeit, alle Witten, unnötige oder ausschließbare Beträge von z. B. 100.000 M., 92. bez. 75.000 M. usw. abzustreichen, scheiterten an den parteipolitischen Grundsätzen der Linken. Doch hält! 50 M. wurden gerettet! Eine Turnlehrerin bezog bisher für ein in die Turnhalle einer Schule geliehenes Klavier jährlich 100 M. Leihmiete. Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter und ein Stadtrat haben sich das Verdienst erworben, „im Interesse der Stadt 50 M. herunterzuhandeln“. Ein späterer Antrag von der rechten Seite, diese 50 M. um dem Gespött der Öffentlichkeit zu entgehen, wieder daraufzulegen, wurde durch die Geschäfts ordnung verhindert.

Freiberg. Der am 21. Februar vom Schwurgericht Freiberg wegen Mordes in Tateinhalt mit verüchtig schweren Raube zum Tode verurteilte Schlosser Kurt Geßler aus Dresden wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Geßler hatte seinerzeit auf Wendischcarsdorf bei Flur seinen Begleiter mit einem Veile niedergeschlagen. Von dem Erlös des Raubes wollte er seiner Braut eine Altenheimkasse kaufen.

Siebenlehn. Nach einer Mitteilung in der letzten Stadtverordnetensitzung werden aus staatlichen Zuschüssen für 6 durch die hiesige Heimstättengesellschaft neu zu erbaute Kleinwohnungen je 70.000 M. Zuschuß bewilligt. Da die Heimstättengesellschaft die Wohnungen für 82.000 bis 85.000 M. herzustellen hofft, würden für jede 12.000 bis 15.000 M. zu verzinsen sein.

Elisfeld. Auch die hiesigen Erwerbslosen haben beim Gemeinderat um Gewährung von Mietzuschüssen und Arbeitsbeschaffung nachgefragt. Die Gemeinde ist jedoch

Verteilliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Die Diözessamversammlung der Ephorie Dippoldiswalde findet am 23. Mai vormittags 11 Uhr in der „Reichskrone“ hier statt; Herr Amtsgerichtsrat Kluge in Frauenstein wird einen Vortrag über „die neue Kirchengemeindeordnung“ halten, dem eine Ausfahrt folgen soll.

— Die Sammlung für die „Missionsnothilfe für die Liebeswerk der Inneren Mission Sachsen“ hat in der Kirchgemeinde Dippoldiswalde den sehr erfreulichen Betrag von 3382,15 M. ergeben. Davon entfallen auf die Stadt Dippoldiswalde 2153,15 M., auf Berreuth 126, Elend 27,50, Oberhäuslich 128, Reinberg 250, Reinholdshain 325,50 (einschl. 66 M. vom Frauenverein), Überdorf 312, Überschug vom Kartenverkauf am Palmsonntag-Familienabend 60 M.

— Am beiden Feiertagen des bevorstehenden Pfingstfestes soll wieder für den Allgemeinen Kirchensondes in allen Kirchen des Landes gesammelt werden. Die gegenwärtige Lage der ev.-luth. Landeskirche bringt es mit sich,

dah gerade diese Sammlung an Bedeutung ganz ungemein gewonnen hat. Noch immer wird der Landeskirche die er-

glebige Steuererhebung vorenthalten, welche ihr durch die Reichsverfassung gewährleistet ist.

— Wie uns die Theaterdirektion Steiner telefonisch mitteilt, wird am 1. Feiertag nicht die „Held“ aufgeführt werden, da dieses Stück schon zu oft hier gespielt worden ist, sondern Georges Ohnel's „Hüttenbesitzer“. Ein Brief mit einer diesbezüglichen Mitteilung sei leider in falsche Hände geraten und weder weitergegeben noch Rückfrage veranlaßt worden. Nur so war es möglich, daß wir bisher ohne Kenntnis von dieser Änderung blieben. Wir erweisen der Direktion Steiner gern den Gefallen, auf diese Programm Änderung ganz besonders hinzuweisen.

— Die Meistersprüfung nach § 133 der Gewerbeordnung haben im Bezirk der Gewerbeamt Dresden in letzter Zeit bestanden vor der Prüfungskommission für Fleischer: Reinhard Weinhold in Glashütte und Oswald Wolf in Schmiedeberg.

— Die Trauung der Prinzessin Maria Alix, der zweiten Tochter des ehemaligen Königs, mit dem Prinzen Franz

wegen ihrer ungünstigen finanziellen Lage nicht imstande, diesem Wunsche zu entsprechen und kann nicht mehr als die gesetzlichen Unterstützungen gewähren. — Als Notstandsarbeiten hat die Gemeinde die Götzschregulierung und einen Straßenbau nach der Jachthöhe in Aussicht genommen. Für die Götzschregulierung sind 50 000 M. vorgesehen.

Rabenstein. Der in der Nacht vom 30. bis 31. Dez. vor, Is. verübte Einbruchsdiebstahl auf dem Güterboden des hiesigen oberen Bahnhofes geht seiner Aufklärung entgegen. Ein vorbestrafter junger Mann aus Gräna, 20 Jahre alt, wurde durch einen Chemnitzer Kriminalbeamten festgenommen, als er 500 Rollen welchen mercierierten Flor von dem Diebesgut verkaufen wollte. Anschließend wurde ein weiterer 22 Jahre alter junger Mann aus Gräna festgenommen, von dem ersterer die Beute zum Verkauf unentgeltlich erhalten hat; letzterer schmeißt einer der Täter zu sein, da er jede weitere Auskunft verwirgt.

Eckenstein-Gosberg. Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer letzten Sitzung die Auflösung des hiesigen Lebensmittelamtes. Der noch erhebliche Vorrat an Suppen usw. soll als Viehfutter verkauft werden.

Plauen. Eine jugendliche Dienstmutterin stand in der Person der noch nicht 15-jährigen Dienstmagd Johanne Pleßendel aus Brambach i. V. vor dem hiesigen Landgericht. Die Angeklagte hatte, wie seinerzeit gemeldet, ihrer Dienstherauschaft dem Freiherrlich von Waldenselschen Ehepaar im Altkrug Sachsenstein, Rottengift ins Essen getan. Sie wurde zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Bautzen. Zu Pfingsten findet in Prag eine tschechische landwirtschaftliche Ausstellung statt, zu welcher von den Tschechen auch die Wenden der Lausitz eingeladen worden waren. Diese hatten ihren Besuch auch versprochen, mussten ihn aber jetzt absagen, da die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland es nicht zulassen, die Grenzen zu überschreiten.

Zwickau. Gegenwärtig sind hier 4185 Wohnhäuser (4113 im Jahre 1914) mit 16 000 Miet- und 4000 Hausbesitzerwohnungen vorhanden. Im Jahre 1918 standen hier 329 Wohnungen leer, jetzt werden 1278 Wohnungen gesucht. 160 Wohnungen befinden sich jetzt im Bau.

Nach der Unterwerfung.

Neue Konferenz unter Hinzuziehung Deutschlands.

Nach einer Pariser Meldung wird noch vor dem 1. Juni eine neue Konferenz des Obersten Rates unter Hinzuziehung Deutschlands und der Vereinigten Staaten stattfinden, auf der die Zahlungsweise der deutschen Schuld festgestellt sowie die oberschlesische Frage geregelt werden soll. Die Konferenz wird vorzugsweise in Belgien oder Italien tagen. Als Konferenzorte werden Ostende und Stresa genannt. Giotto besonders wünscht dringend, daß die Konferenz in Italien stattfinde, da er sonst nicht imstande wäre, teilzunehmen, andererseits aber England und Lloyd George zu treffen möchte.

Die Folgen der Annahme des Ultimatums.

Wie der Pariser „Intransigeant“ meldet, wird der Vertreter Deutschlands in Paris nunmehr ein Protokoll zur Ergründung des Friedensvertrages zu unterzeichnen haben. General Nollet wird gleichzeitig der deutschen Regierung eine Note überreichen, in der der deutschen Regierung aufgezeigt wird, Kavallerie und Infanterie bis zum 31. Mai zu entwaffnen (?), das Flug- und Motorwesen bis längstens Ende Juli abzubauen, (?). Die interalliierte Kommission, die sich mit der Aburteilung der Kriegsvergeltung beschäftigt, wird in Berlin einen neuen Schritt unternehmen, um der Regierung Maßnahmen für die Errichtung des Reichsgerichts in Leipziger zu setzen. Dieses soll seine Tätigkeit sofort aufnehmen.

Die Reparationskommission soll neu organisiert werden. Bis zum Ende des Monats Mai wird die Reparationskommission die Garantiekommision einsetzen, die ihren Sitz in Paris haben wird. Ihre Kontrolleure werden in ganz Deutschland umherreisen und in den wichtigsten Städten sollen Zentralen errichtet werden. Die Mitglieder der Kommission werden aus neutralen und alliierten Sachmännern bestehen.

Der französische Vormarsch eingestellt.

Nachdem die Besatzungsbehörden von der Annahme der Londoner Forderungen durch die neue deutsche Reichsregierung Kenntnis erhalten hatten, sind sofort alle weiteren Vorbereitungen zum Vormarsch eingestellt und die Truppenbewegungen zum Stillstand gebracht worden. Der „Intransigeant“ erklärt weiter, daß zwar das Ruhrgebiet am 12. Mai nicht besetzt werden würde, daß aber die dahin ziehenden Drohungen aufrecht erhalten würden. Nach einer anderen Pariser Meldung bleiben die sechs in Düsseldorf stehenden Divisionen dort, bis Deutschland die erste Milliarde bezahlt. Dann wird auch Düsseldorf verlassen, und die Franzosen gehen dem Vertrag entsprechend auf den Rhein zurück. Im ganzen waren für die Besetzung des Ruhrgebietes 70 000 Mann bereitgestellt worden.

Lloyd George ist zufrieden.

Der deutsche Botschafter hat dem englischen Premierminister Dienstag vormittag um 11.15 Uhr die deutsche Antwort auf das Ultimatum der Alliierten überreicht. Kurz darauf verloras Lloyd George im Unterhaus die Antwort der deutschen Regierung auf das Ultimatum der Alliierten, in der die Forderungen der Alliierten bezüglich der Reparationen, der Garantien, der Entwaffnung und des Verfahrens gegen die Kriegsvergeltung bedingungslos angenommen werden. Lloyd George sagte, er habe sofort allen befallenen Regierungen telegraphiert, und fügte hinzu: Dies ist die vollständige Annahme aller Forderungen. Bauter, anhaltender Erfolg.

Reine Aushebung der Sanktionen.

Auf die Frage Bottomleys, ob im Hinblick auf die Mitteilung Lloyd Georges von der Annahme des Ultimatums durch die deutsche Regierung das deutsche Reparationsgesetz aufgehoben werde, antwortete Lloyd George verneinend.

Aus London wird berichtet, daß Dr. Thamer bei seinem Empfang nicht nur die Antwortnote der Regierung übergeben habe, sondern auch hinzugefügt haben soll, daß das Reich Zusicherungen in der oberschlesischen Frage mache. Lloyd George soll darauf geantwortet haben, daß er sich bezüglich Oberschlesien mit den Alliierten in Verbindung setzen wolle, daß aber die Annahme des Ultimatums sofort und ohne irgendwelche Bedingungen zu erfolgen habe.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 12. Mai.

Vergangen bis Ende Mai.

Das Pfingstfest steht vor der Tür, zahlreiche Abgeordnete haben die Heimreise bereits angetreten, die übrigen treffen die letzten Vorbereitungen. Kein Wunder, daß das Haus an fortgesetzter Beschlussschwäche leidet. Nicht weniger als dreimal muß der Präsident feststellen, daß das Haus nicht beschlußfähig ist.

In der ersten Sitzung beschäftigt man sich mit dem Abg. Thomas (Komm.), der in einer Versammlung in München zum Hochvater und zum Umsturz der bestehenden Staatsform aufgefordert hat und jetzt in Strafhaft steht. Die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Thomas wegen Beleidigung, Unterstüzung und Meineids wird nach einem Antrag des Geschäftsbundesausschusses nicht erteilt. Ein schleuniger Antrag der Kommunisten verlangt die sofortige Entlassung des Abg. Thomas (Komm.) aus der Strafhaft in der Gefangenanstalt Landsberg am Lech in Bayern. Bei der Abstimmung ergibt sich Beschlussschwäche.

Eine Viertelstunde später wird die zweite Sitzung eröffnet. Neu auf die Tagesordnung gesetzt ist der Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag Müller-Franken (Soz.) betr. Abänderung der Verordnung über die Sondergerichte.

Abg. Madbruch (Cdg.) berichtet über die Ausschusshandlungen. Der Ausschuss schlägt eine Entschließung vor. Danach sollen Jugendliche nur dann von Sondergerichten abgeurteilt werden, wenn ihre Straftat mit der von Erwachsenen im Zusammenhang steht. In Reichsgerichts- und Schwurgerichtssachen soll eine Verteidigung nötig sein. Die Einlassungsfest soll von 24 Stunden auf drei Tage erhöht werden. In allen Fällen soll eine Urteilsbeschreibung, wenn auch eine verkürzte, notwendig sein. Zum Schluß wird freier Verkehr der in Untersuchungshaft Beständlichen mit ihrem Verteidiger verlangt.

Der Ausschusshandlung wird ohne Erörterung einstimmig angenommen. Angenommen wird auch ein Antrag des Ausschusses für soziale Angelegenheiten, die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf so zeitig vorzulegen, daß noch im Laufe des Frühjahrs eine Gesetzesvorlage betr. Ausgestaltung der Leistungen in der Wohnehilfe erfolgt.

Bei der zweiten Beratung eines Gesetzes über eine erhöhte Unrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit der Beamten stellt sich abermals die Beschlussschwäche des Hauses heraus.

In der dritten Sitzung wird noch eine Reihe Petitionen erledigt, dann wird die Beratung auf den 31. Mai beschlossen. Über die Tagesordnung der nächsten Sitzung entspinnt sich eine lange Debatte. Der Präsident schlägt vor, auf die Tagesordnung zu setzen das Gesetz über den Volksentscheid, das Reichsgerichtsgesetz und das Gesetz über den Staatsgerichtshof.

Für einen Antrag Hoffmann (Komm.), auch auf die Tagesordnung die Entgegnahme einer Regierungserklärung zu setzen, stimmen mit den Unabhängigen und Kommunisten auch die beiden Rechtsparteien. Ein Hammelsprung erwies sich als notwendig. Der Hammelsprung ergibt 111 Ja-Stimmen und 30 Nein-Stimmen. Das Haus ist also beschlußfähig.

Präsident Löbe stellt fest, daß die nächste Sitzung am 31. Mai mit der von ihm vorgeschlagenen Tagesordnung stattfindet, und daß es für selbstverständliche halte, daß die Regierung eine Erklärung abgeben werde.

Die Kapitulation vor den Polen.

Waffenstillstand zwischen der Interalliierten Kommission und den Aufständischen.

Nach einer Bekanntmachung der „Obersten Heeresleitung der Truppen der Aufständischen“ sind auf Grund einer Vereinbarung mit den alliierten Behörden die militärischen Operationen eingestellt und eine Demarkationslinie festgesetzt worden, auf welcher die Aufständischen hielten. Diese Linie entspricht voll den Stellungen, welche die Aufständischen befehlt haben. Die Interalliierten Behörden haben die Garantie übernommen, diese Linie aufrecht zu erhalten und den Waffenstillstand durchzuführen.

Das ganze Industriegebiet den Polen ausgeliefert.

Die Demarkationslinie läuft längs der Oder bis zur Höhe westlich von Zielow, darauf durch Sandratai, westlich von West, Groß-Strehly und Konsowka, östlich von Guttentag durch Bojanowitz, Kreis Rosenberg, bis zur polnischen Grenze. Die Linie stimmt vollkommen mit der sogenannten Koranshlinie überein. Darüber hinaus dürfen Angriffshandlungen polnischerseits nicht vorgenommen werden. Wie die polnische Telegraphenagentur meldet, werden die französischen Truppen hinter die Demarkationslinie zurückgezogen. Britische Truppen befinden sich überhaupt nicht mehr in Oberschlesien. Ein polnisches Exekutivkomitee übernimmt die Verwaltung.

Nach einem Warschauer Funkspruch „An Alle“ soll in dem „Waffenstillstand“ zwischen Koransh und der Interalliierten Kommission bestimmt sein, daß ein Exekutivkomitee der Zivilregenten im oberschlesischen

zum Konsensgebiet als „vorläufige Regierung“ die öffentliche Gewalt übernimmt, daß die Polizei- und Gendarmerieverwaltung an die Insurgenten übergeht und die Landräte ihres Amtes entthoben werden. Das einzige Augeständnis für die Interalliierten-Kommission scheint nach diesem Funkspruch die Erlaubnis zu sein, eine Amnestie erlassen zu dürfen für alle am Aufstand Beteiligten, gleichgültig, auf welcher Seite sie gestanden haben. Die gefangenen Deutschen werden der Interalliierten Kommission übergeben. Die gefangenen Polen kommen nach Polen zurück. Ferner sollen die Insurgenten im Einvernehmen mit italienischen Truppen die Stadt Pleß bestehen.

Polnische Freudenfeier über den Koransh-Sieg.

In einem großen Teile des oberschlesischen Kreisgebietes haben die Polen Dienstag nachmittag und abend die Nachricht verbreitet, daß der Oberste Rat die sogenannte Koranshlinie als künftige Grenze Oberschlesiens festgesetzt habe. Darauf haben überall große Freudenfeiern stattgefunden. Nachrichten über solche Veranstaltungen liegen vor aus Beuthen, Hindenburg, Königsberg, Bismarckhütte und anderen Orten.

Die gesamte Warschauer Presse stellt gleichfalls die Tatsache des Waffenstillstandes als „vollendete Tatsache“ des polnischen Oberschlesiens hin.

Ein deutscher Schrift in Oppeln.

Der deutsche Bevollmächtigte in Oppeln ist ausgewiesen worden, umgehend von dem General Le Rond bindende Erklärungen über die in dem Warschauer Funkspruch mitgeteilten Tatsachen zu verlangen. Gleichzeitig hat der deutsche Geschäftsträger in Warschau Direkt eine Protestnote der deutschen Regierung übergeben.

Schärfere Entente nach Warschau.

Der oberschlesische Aufstand und das Verhalten der polnischen Regierung hat eine Reihe diplomatischer Schritte nach sich gezogen. Die Vertreter Englands, Italiens und Frankreichs (?) in Warschau haben der polnischen Regierung eine gehärtete Note übergeben, in der der Mangel an Übereinstimmung der Alliierten bekannte Tatsachen mit der amtlichen Stellungnahme der polnischen Regierung hergehoben wird. Letztere habe dem Aufstand nicht genügend vorgebeugt und könne einen Teil der Verantwortung nicht ablehnen. Auch nach Ausdruck der Unruhen habe die Regierung ihre Neutralität nicht entsprechend gewahrt und die Grenze nicht wirksam gesperrt. Die Alliierten erklären, sie könnten keinerlei vollzogene Tatsache anerkennen. Beschlüsse über Oberschlesien seien bisher nicht gesetzt worden. Mit volliger Handlungsfreiheit werde die Anwendung des betreffenden Artikels des Versailler Vertrages erfolgen.

Waffenstillstand in Oberschlesien.

Koransh hat also dank der Untätigkeit der Interalliierten Kommission sein Ziel erreicht: Oberschlesien ist heute tatsächlich in polnischem Besitz. Entgegen allen bisherigen Versicherungen hat General Le Rond vor dem Insurgentenführer Koransh kapituliert und alle bisher der Interalliierten Kommission zustehenden Machtbefugnisse an ihn abgetreten. Damit haben die Alliierten ihre im Verfaßter Vertrag niedergelegte Verpflichtung, die Verwaltung Oberschlesiens während der Abstimmung zu treuen Händen zu übernehmen, nicht aber das Land an Polen auszuliefern, in der schändlichsten Weise versäumt und damit den Vertrag gebrochen.

Genau wie wir damals im Winter 1918/19 durch die Entente gehindert wurden, uns des polnischen Einfalls in Posen zu erwehren, so hat jetzt auch die Interalliierte Kommission, oder besser gesagt die nachgebenden Franzosen, Oberschlesien den Polen planmäßig in die Hände gespielt. Diese „Vereinbarung“, die das ganze Industriegebiet mit einem großen Stück Hinterland den Insurgenten ausliefert, ist das ur-eigene Werk des französischen Generals Le Rond, der während seiner ganzen Tätigkeit als Vorsitzender der Interalliierten Kommission eine faute noch zu überbliebene Parteilichkeit zugunsten der Polen an den Tag gelegt hat. Denn nach Lage der Sache erscheint es als ein Ding der Unmöglichkeit, daß die der Interalliierten Kommission angehörigen Vertreter Englands und namentlich Italiens, dessen Truppen sich mit so bewundernswertem Tapferkeit geschlagen haben und dessen Ehre in diesem Hause durch den bedauerlichen Verlust von über hundert Toten und Verwundeten am meisten auf dem Spiel steht, vor den Insurgenten kapituliert und das ungehönerliche Abkommen gebilligt haben sollten. Auch ist es wenig wahrscheinlich, daß die Alliierten die Vereinbarung nur getroffen haben sollten, um in der Zwischenzeit Verstärkungen für die Besatzungstruppen herbeizuschaffen, die von der Oppelner Kommission leihhaft zur Sicherung der Deutschen in Aussicht gestellt worden sind.

Die Sache liegt vielmehr, wie bereits oben ange deutet, ganz anders. Nach all den bisherigen Erfahrungen kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß es sich bei dem „Waffenstillstand“ um ein planmäßiges Spiel zwischen der Pariser Regierung und den Polen handelt, um den Deutschen Oberschlesien mit Gewalt zu entreißen, nachdem die polnische Abstimmungspropaganda versagt und das oberschlesische Volk sich mit überwiegender Mehrheit für Deutschland bekannt hat.

Allerdings hat der Botschafterrat dieser Tage eine gehärtete Note nach Warschau gesetzt, in der die polnische Regierung für den Aufstand und für alle im Abstimmungsgebiet verursachten Schäden verantwortlich gemacht wird und in der sie ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß die alliierten Regierungen keineswegs gesonnen seien, sich in ihrer Entscheidung über die oberschlesische Grenze durch einen Besuch, den sie vor vollendete Tatsachen stellen möchten, beeinflussen zu lassen. Durch das Waffenstillstandsabkommen der Interalliierten Kommission mit den Polen ist diese Note natürlich vollkommen gesetzen.

handslos geworden. Denn zweifellos wird sich die Kommission vor dem Abschluß der Verhandlungen mit den Russlandischen des Einverständnisses der alliierten Regierungen versichert haben.

Für die deutsche Regierung ergibt sich die Pflicht, gegen die Festsetzung der Demarkationslinie und die Überlassung des Industriegebietes an die Polen, die sich als eine grobe Verletzung des Friedensvertrages darstellt, den stärksten Protest zu erheben und mit allem Nachdruck die Wiederherstellung gesetzlicher Zustände in Oberschlesien zu fordern. F.

Politische Rundschau.

Berlin, den 13. Mai 1921.

Der Reichspräsident hat an die scheidenden Reichsminister Dr. Simons und Dr. Heim ein handschreies gerichtet, in dem er ihnen seine Anerkennung und Dankbarkeit für ihre Mitarbeit ausdrückt.

Die deutsche Regierung hat den Alliierten eine Protestnote überreichen lassen, in der sie gegen die von der Rheinlandkommission in letzter Zeit vorgenommenen Zwangsrequisitionen von Automobilen Verwahrung einlegt.

Der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratischen Partei findet in Görlitz vom 18.-24. September statt.

Der Reichsanwalt Wolny, dem die polnische Regierung die Nachfolgerschaft Karlsbad als Kommissar für Oberschlesien angeboten hat, hat die Annahme dieses Postens abgelehnt.

Die Abstimmung über das Ultimatum. Bei der namentlichen Abstimmung des Reichstages über das Ultimatum haben nach endgültiger Feststellung 396 Abgeordnete ihre Stimme abgegeben, wovon drei ungültig waren. Von den verabschiedeten 393 gültigen Stimmen haben mit „ja“ gestimmt 220, mit „nein“ 172 Abgeordnete. Der Stimmung enthalten hat sich ein Abgeordneter. Gestimmt haben sowohl 77 Abgeordnete. Davon 13 vom Zentrum (darunter der Reichsminister Giesberts, der, wie wir hören, infolge eines Herzschlags schwer erkrankt ist), 15 Sozialdemokraten, 15 Unabhängige, 11 Deutschnationale, 8 Deutsche Volksparteier und 2 Demokraten. Geschlossen mit „ja“ gestimmt haben die Sozialdemokraten, die Unabhängigen und das Zentrum, bei dem sich ein Mitglied der Stimme enthalten hat. Geschlossen mit „nein“ gestimmt haben die Deutschnationalen und die Kommunisten. Mit „nein“ haben ferner gestimmt die Deutsch-Hannoveraner. Die Abstimmung bei den übrigen Parteien hat zu Spaltungen bzw. Absplitterungen geführt. Von der Deutschen Volkspartei hat die Mehrheit mit „nein“ gestimmt, dagegen sechs Mitglieder mit „ja“ und zwar der frühere Justizminister Heim, der frühere Minister von Raum, ferner die Abgeordneten Schirmer und Bonshab.

Das Reich gegen die badische Besoldungsbewilligung. Das vom badischen Landtag im März geschaffene Besoldungsgesetz nebst Besoldungsordnung, sowie die vom Finanzministerium herausgegebenen Erläuterungen wurden vom Reichsfinanzminister auf Grund des Sperrgesetzes beanstandet. Es wird gegen verschiedene Bestimmungen des Gesetzes der Besoldungsordnung und der Erläuterung Einspruch erhoben. Das badische Staatsministerium ist mit der weiteren Verhandlung der Angelegenheit beauftragt.

Bayerische Einwohnerwehr unter französischer Aufsicht? Der Berliner Korrespondent des „Journal“ teilt mit, daß man allen Anlaß habe zu glauben, die Vertreter Bayerns würden in direkte Verhandlungen mit Frankreich eintreten. Es ist wahrscheinlich, daß Dr. Heim selbst beauftragt werden wird, Frankreich den Wunsch der bayerischen Regierung bekanntzugeben. Diese hat die Absicht, die Einwohnerwehr unter die dauernde Kontrolle der Franzosen zu stellen (?) und dafür gewisse Garantien zu geben. — Die Vertretung des Deutschen Reiches gegenüber dem Ausland obliegt verfassungsmäßig der Reichsregierung, direkte Verhandlungen Bayerns mit Frankreich sind demnach unmöglich. Damit dürfte die Meldung des „Journal“ wohl erledigt sein.

Erhöhung der Entschädigung für Schöffen und Geschworene? Im preußischen Landtag ist eine kleine Anfrage folgenden Wortlautes eingegangen: Die weitere Hinzuziehung der Staatsbürger zu den Amtmännern der Schöffen und Geschworenen ist eine anerkannte Notwendigkeit. Die Entschädigung an Aufwandgeldern und entgangenen Arbeitsverdienst, die nach der Regelung vom 22. Mai 1920 den Betrag bis 20 Mark vorsieht, genügt bei weitem nicht, um eine wirtschaftliche Entschädigung, besonders bei der arbeitenden Bevölkerung, zu vermeiden und so das Interesse zur Übernahme obiger Amtmänner zu erhalten. Ist das Staatsministerium bereit, dahin zu wirken, daß die Entschädigung bis zur Höhe des Arbeitsverdienstes gesteigert wird?

Frauen als Schöffen und Geschworene. Der im Reichsjustizministerium fertiggestellte Gesetzentwurf über die Heranziehung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenamt wird in den nächsten Tagen dem Reichstag unterbreitet und dann dem Reichsrat und Reichstag vorgelegt werden. Er soll dann noch vor der parlamentarischen Sommerpause endgültig erledigt werden.

Die Organisation der außländischen Kampstruppen.

Die Organisation der außländischen Polenbanden zu festen militärischen Verbänden ist im Gange. Es sind polnische Generalstabsoffiziere, die diese leiten. Im ganzen soll zunächst eine oberhessische Kampfgruppe aufgestellt werden, die aus zwei Divisionen besteht. Die Divisionen gliedern sich wie die polnischen Divisionen. Die 1. oberhessische Division ist bereits formiert. Sie besteht aus den Infanterieregimentern Kattowitz, Beuthen, Rhön und

Gleiwitz und dem Artillerieregiment Pleß. Sie verfügt außerdem schon über Pferdekarrenkolonnen und Panzerzüge, sowie Fernsprechformationen. Führer der Division ist angeblich ein Oberst Lange aus Posen. Oberkommandierender der Kampftruppen soll der großpolnische General Dowbor Musial sein, der seinerzeit auch in Posen die Organisation und Ausstellung der großpolnischen Truppen aus den außländischen Polener Volkswehren leitete und innerhalb kürzester Zeit den Stamm zu den heutigen Posener Divisionen legte. An weiteren, nicht unbekannten Persönlichkeiten befindet sich der Leiter des Augustaufstandes 1919 Major Kiczkowski im Stabe des Oberkommandos der Kampftruppe. In den Ortschaften ist mit der Bildung von Volkswehren aus der polnischen Bevölkerung begonnen worden.

Pleß und Hindenburg von den Polen geräumt.

Die Insurgenten haben Pleß nur zwei Stunden besetzt gehalten. Die Stadt ist in den Händen der Italiener, die sämtliche öffentlichen Plätze und Gebäude, sowie den Bahnhof besetzt halten. Der Generalstab der Insurgentenarmee ist in Jablonitzau. Die Zahl der Außländischen ist hier gering, da der größte Teil zur Verschärfung in Richtung Brandenburg geschickt worden ist.

In der Stadt Hindenburg haben die Polen den inneren Hauptteil räumen müssen. Vorher hatten sie auf dem Rathaus neben der polnischen auch die französische Flagge gehisst, die der Kreiskontrolleur aber sogleich herunterholen ließ.

Die Polen haben die Nachricht von dem vereinbarten Waffenstillstand zwischen der Interalliierten-Kommission und Karlsbad in der Weise bekanntgegeben, daß sie behaupten, der Oberste Rat habe bereits die Karlsbad-Linie als dauernde polnische Grenze anerkannt. Der Landrat von Hindenburg hat demgegenüber eine Kundgebung erlassen, in der er diese Behauptung abgelehnt.

Professor Kleinwächter, der in Hindenburg während des Unterrichtes in der Schule verhaftet und verschleppt worden war, wurde von den Insurgenten entlassen und ist wohlbehalten in seine Wohnung zurückgekehrt.

Im Kreise Rosenberg dagegen haben die Polen eine Reihe von Geiseln festgenommen, so den bekannten Mittagsschulbesitzer von Vieres aus Willau, Geistliche beider Konfessionen, Ärzte, Beamte, angesehene Kaufleute usw. Sie begründen diesen schweren Übergriff damit, daß die Deutschen angeblich auch Geiseln gemacht hätten. Diese Behauptung, die durch nichts erwiesen ist, hat bekanntlich Karlsbad in seinem Ultimatum an den Reichsanzler aufgestellt.

Waffenruhe im Abstimmungsgebiet.

Nach den neuesten Nachrichten haben Kampfhandlungen nicht mehr stattgefunden. Präsident Karlsbad ist dank der Haltung der Interalliierten-Kommission emsig dabei, seine Organisation im besetzten Gebiet auszubauen. Gegenwärtig steht er im Begriff, die Eisenbahndirektion Kattowitz zu übernehmen. Ein Teil der Eisenbahnstrecken dieser Direktion ist sogar bereits von den Polen übernommen.

Oberschlesien im englischen Unterhause.

Minister Chamberlain hat im Unterhause erklärt, daß die Außländischen einen großen Teil Oberschlesiens besetzt haben. Die Außstandsbewegung habe einen sehr schwierigen und gefährlichen Zustand geschaffen. Die englische Regierung berate mit den Alliierten über die beste Lösung, wie man dem Zustand Herr zu werden gedenke. Sie habe bereits praktische Vorschläge gemacht, über die noch verhandelt wird.

Die „maßvollen“ Entscheidungen der Reparations-Kommission.

Der Vorsitzende der Reparations-Kommission, der Franzose Dubois, hat den offiziellen amerikanischen Vertreter Voynow in der Schadensvergütungskommission willkommen gehalten. Darauf beglückwünschte Voynow die Alliierten zu der während seiner Abwesenheit vollbrachten Arbeit und erklärte, die Deutschen in der ganzen Welt müßten einsehen, daß die Schadensvergütungskommission bei ihren letzten Entscheidungen große Misericordie walten ließ und nur von rechtlichen Begriffen ausging. (1)

Italien verlangt Genugtuung.

Hinsichtlich Oberschlesiens erklärte der italienische Außenminister Graf Sforza, daß trotz der weitläufigen Entschuldigungen der polnischen Regierung die italienische Regierung für die Angriffe auf die italienischen Truppen Genugtuung ohne irgendwelche Kompromiß verlangt habe. — Die Botschafterkonferenz berate über die Lösung des oberschlesischen Problems und werde einen gerechten Spruch fällen. Es sei vorauszusehen, daß eine jede Entscheidung weder die Polen noch die Deutschen befriedigen werde. Sicher sei jedoch, daß die Entente sich bei der endgültigen Lösung der oberschlesischen Frage in keiner Weise durch die gegenwärtige polnische Besetzung beeinflussen lassen werde.

Auch Washington ist besiedigt.

Mrs. Newbold m. e. der „Ma in“: In Waiting on Regierungskreisen verheilt man keineswegs die außerordentliche Besiedeltheit, die die Annahme des Ultimatums durch den deutschen Reichstag in Amerika hervorgerufen hat. Der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Dodge, erklärte, daß damit ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Regelung der Geschäfte der ganzen Welt getan worden sei. In politischen Kreisen glaubt man, daß die deutsche Annahme die baldige Abstimmung über die Friedens-Entschließung Anzug zur Folge haben werde. Man nimmt an, daß die Abstimmung nach dem Eintreffen der ersten Berichte der amerikanischen Vertretung im Obersten Rat und im Wiedergutmachungsausschuß erfolgen wird.

Rundschau im Auslande.

Das österreichische Parlament hat den Antrag der Großdeutschen Partei auf Veranstaltung einer allgemeinen Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland abgelehnt, weil die Entente in der Fortsetzung der Anschlußagitation eine Gefährdung der Neutralität erachtet.

Die Verhandlungen über die Bedingungen der Übergabe von Westungarn an Österreich werden auf Wunsch der Budapester Regierung am 15. Mai wieder aufgenommen.

Die Nachricht von der Demission Sir John Bradbury, des englischen Vertreters bei der Reparations-Kommission, wird von der Reparations-Kommission nicht bestätigt.

Aufland: Wiederaufnahme des Schiffsahrtverkehrs.

„Petit Parisien“ veröffentlicht einen am 8. Mai in Moskau in französischer Sprache aufgezeigten Flunfspruch, in dem es heißt: Die russische Regierung lädt die Öffnung der Häfen von Petrograd und Kronstadt an und veröffentlicht gleichzeitig vorläufige Bestimmungen für die Einfaßung von Schiffen in die westlichen Häfen, im finnischen Golf und für die Schifffahrt zwischen Kronstadt und Revel.

England: Verschärfung des Bergarbeiterstreiks.

Die Streiklage hat sich abermals verschärft. Die Hauptverwaltung des Bundes der Transportarbeiter hat beschlossen, das Verbot wegen der Beschwerde von Stein Kohlen zu verschärfen. Die Regierung ist ihrerseits fest entschlossen, in der Frage der Beschwerde von Stein Kohlen für Zwecke der Allgemeinheit nicht nachzugeben.

Spuren.

Roman von Paul Lindau.

77. Kapitel.

Albrecht und Ulrich näherten zufrieden das Haupt. „Ich werde nur „Schicksal“ komponieren. Dann werden Sie sich um und spannen. Sie schließen dann, wann Sie wollen. An eine bestimmte Stelle sind Sie nicht gebunden.“

Graf Voost führte den Grafen Jeneck auf den durch das Los ihm bestimmten Platz. Bereits den Füßen auf den diesem angewiesenen. Die Pistolen wurden ihnen übergeben. Die beiden Gegner waren Nüden gegen Nüden gestellt.

Als vier Sekundanten stellten sich nebeneinander in einer mit der Schußrichtung parallelen Linie. Ulrich zunächst stand Graf Voost, neben demselben Graf Brads, dann folgten Baron Heddersdorf und Bernitz, der also dem Grafen Jeneck zunächst stand.

Die beiden Herren waren hinter die Sekundanten getreten.

Eine Sekunde unheimlicher Ruhe. Es rasselte noch immer.

„Schicksal“ kommandierte Baron von Heddersdorf mit fester Stimme.

Die Beide wandten sich und spannten.

Die Fäuste knallten fast gleichzeitig.

Graf Jeneck hob langsam die Pistole. Ulrich folgte der Bewegung mit der feintigen. Es war fürchterlich still. Die Sekundanten standen in steinerner Unweglichkeit da.

Das wähnte einige Sekunden.

Zu trachte ein Knall, und unter dem herabgedrückten Hahne der Pistole Jenecks dampfte ein sartes Wölkchen auf. Der Graf senkte die Pistole.

Aber Ulrich kam ihm zuvor, die bewaffnete Hand stieß herab. Er hatte ein wenig gerutzt. Nun schwante er und schlug fühlungslos auf den feuchten Boden. Die Pistole war ihm entfallen. Es war das Werk eines Augenblatts.

Befürchtungen, die beiden Herren, hinzutaten, rissen den Tod auf. Die Wunde rann langsam blutiges, helles Blut — nur wenige Tropfen, wie rote Tränen, die das schreitende Leben weinte. Sie rieselten ruhig über die mächtige junge weiße Brust. Vohausen legte das Ohr an die Brust, der jüngere Arzt fühlte den Puls.

Sie sahen sich traurig an und verstanden sich. Vohausen führte den Jungen an die Pupille des noch offenen Auges. Kein Atem mehr. Es war alles aus. Das Leben war entlohen.

Die Augel hatte die linke Herzklammer in der Mitte durchbohrt. Der Tod war ein augendämmlicher gewesen.

Ulrichs Gesicht zeigte nichts von Schmerz. Es hatte einen ruhigen, friedlich lächelnden Ausdruck.

Mit verstörtem Gesicht standen Brads und Bernitz vor Ulrich und den neben ihm knienden Herren, des Wortes unfähig, kaum des Gedankens möglich. Sie schauten sich, die Frage zu stellen, die sie sich mit Grauen schon selbst beantwortet hatten.

Endlich ermannte sich Brads:

„Tot?“

Vohausen bejahte stumm.

„Und keine Hoffnung?“

Der Arzt schüttelte langsam den Kopf.

Mit entblößtem Hahne schritt der Botschafter auf den Grafen Jeneck zu, der in düsterer Stärke mit abgewandtem Gesicht neben Voost und Heddersdorf unbestechlich dastand. Alles Blut war ihm aus dem Gesicht gewichen. In der gehabten Rechten umklammerte er noch immer den Griff der üblichen Waffe. Er hatte etwas Erstaunliches.

Als er den Botschafter erblickte, ließ er die Pistole zu Boden fallen und entblößte das greise Haupt. Auch Heddersdorf hatte den Hut abgenommen, und Voost schüttelte salutierend die Hand an seine Kopfbedeckung.

„Die Augel ist mittens durchs Herz gedrungen und hat augenblicklichen Tod herbeigeführt.“

Mit entsetzlicher finstiner Regungslosigkeit nahm Graf Jeneck die grausige Meldung entgegen; aber sein Gesicht wurde erdgroß, und seine Lippen nahmen eine bläuliche Färbung an.

Ulrichs Tod riefte nicht nur die anderen, sondern auch die anderen Herren zu. Sie eilten herbei, um die Toten zu tragen.

Graf Brads grüßte, die anderen dankten, er lehnte zu den Herren zurück — zur Leiche des schönen, edlen, hoffnungsvollen Jungen zurück.

Bernitz hatte zugewichen den Landauer an der Unglücksstätte vorgefahren lassen.

Die Herren witterten den Toten, sie scharrten und stampften, sie schnitten und wischten und schütteten. Der deutsche Wohlmeinende Mühe, sie im Baume zu halten.

Jean, der seinem guten Herrn sehr zugetan gewesen war, vergoss bittere Tränen.

Und nun sah die Männer an: Brads, Bernitz, die beiden Herren und Jean, und mit vereinten Kräften hoben sie die Leiche in den Wagen, den man inzwischen aufgeschlagen hatte. Sie brachten die Leiche

in eine halb liegende Stellung. Graf Brack umschlang die Schultern des armen Ulrich. Jean, der gegenüber saß, hielt die Füße.

Der Wagen wurde wieder geschlossen, die Gardinen wurden herabgezogen, und im Schritt fuhr man nach der Stadt aus. Eine anderthalbstündige, traurige Fahrt.

Indes waren Ulrich und Fürst Engelbert trotz einer ziemlich unbehaglichen Nacht und trotz des unangenehmen, grauen und nackten Wetters in heiterster Stimmung gegen halb acht in Berlin eingetroffen.

Ulrich freute sich darauf, Ulrich aller Wahrscheinlichkeit nach noch im festesten Schlaf zu überraschen, denn gewöhnlich war Ulrich ein Langschläfer. Sie war daher sehr erstaunt und nicht gerade angenehm berührt, als sie vom Portier hörte, daß der Fürst schon zu früher Stunde mit Jean ausgefahren sei. Der Spaz., auf den sie sich gefreut hatte, war ihr verdonnen. Als sie auf weiteres befragt erfuhr, daß ein Herr den Fürsten in einem Wagen abgeholt habe, wurde sie erst recht verdrießlich.

„Die dumme Jagd“, schmolte sie zu ihrem Vater. „Wir hätten ihm doch lieber telegraphieren sollen, daß ich komme, dann wäre er heute ganz gewiß nicht auf die Jagd gegangen!“

Sie begaben sich auf ihr Zimmer und machten Toilette. Ulrich brauchte sich nun leider nicht zu decken und ließ sich abschließend viel Zeit.

Der Fürst stand schon seit einiger Zeit in tadellosem Morgenanzug an dem großen Fenster in Ulrichs Zimmer, in dem er mit seiner Tochter frühstückte wollte. Er blickte ziemlich gedankenlos auf die nasse, trübe Straße.

Vor der Hoteltür standen zwei Männer, Arbeiter wie es schien. Mit ihrer Arbeit mußte es wohl keine Ehre haben, denn sie blieben faulenzend auf dem Platz stehen, schwatzen und gafften.

Da bog ein Landauer von den Linden her in die Wilhelmstraße ein, im Schritt, und hielt vor dem Hotel. Die Wagentür wurde geöffnet. Jean sprang heraus. Er sprach mit den zwei Leuten, die da standen. Sie trugen eine Sünfe heran. Der eine kletterte in den Wagen. Nun stieg Graf Brack aus.

Ein Vorübergehender blieb stehen. Bald waren es mehrere.

Jetzt wurde ein Körper aus dem Wagen gehoben. Man sah nur die Füße, bis ans Knie.

Fürst Engelbert hielt sich mit beiden Händen am Fensterrahmen.

„Um Gotteswillen!“ rief er.

Er wollte sich abwenden. Es hielt ihn mit Gewalt am Fenster zurück. Er mußte das unglaubliche, das wohre, das grausige Schauspiel sehen.

Sie hatten ihn auf der Bahre gebettet und mit einem Tuche bedekt. Und nun trugen sie ihn herauf.

Die Reugierigen, die sich gesammelt hatten,

wurden von einem Schuhmann zerstreut.

(Schluß folgt.)

Aus Stadt und Land.

Den Kopf vom Rumpf getrennt. Ein entsetzlicher Unglücksfall hat sich dieser Tage im Berliner Kordon zugetragen. Ein Lastkraftswagen kam ins Schleudern und überfuhr ein sechsjähriges Kind. Als man den Körper des Knaben unter dem Wagen herauszoghen wollte, entdeckte man, daß der Kopf durchgängig vom Rumpf getrennt und beiseite gerollt war.

Flucht eines Millionenschwindlers. In der Wiener Geschäftswelt erregt die Flucht eines Betrügers namens A. Roeffl, der unter Hinterlassung eines Schadens von mindestens 120 Millionen Kronen aus Wien verschwunden ist, großes Aufsehen. Roeffl machte seit mehreren Jahren in Wien großzügige Geschäfte und wußte das Vertrauen des Wiener Groß-

Empfehlung zum Feste:

ff. Preiselbeeren, ff. Backpflaumen, ff. Mischobst sowie ff. Lösnitzer Spargel, Salat und Rhabarber.

Ernst Mende,

Märkt.

Thürmer-Kaffee,
mit gute Qualität,
empfiehlt
Ernst Mende, Markt.

Druckdrucken für die Industrie druckt Carl Jähne

M. H. C.

Samstagabend fällt diese Woche aus.
Der Vorstand.

Tägliches, zuverlässiges

Mädchen
für Rüde und Gefügel sucht

Schloß Reichstädt.

Prinzipal

Maitrank
billigt bei
Paul Haller, Lipsdorf.

Zum Feste
1a. frisch geröstete

Kaffees,
Rafao, Tee usw.
in verschiedenen Preislagen.

Otto Heller.

Zum Feste empfiehlt
frisch gebrannte Kaffee, feinste Milchung, Bld. 24 Markt sowie Preisselbeeren mit Zuder, wie bekannt, getr. Pfirsichen, Milchpüdding, frischer Spargel und Salat

Bruno Hawann,
Wittenberger Straße.

Mädchen
zur Aufwartung für vormittags
nicht Frau Elisabeth Rittinger,
Gaußhoferstraße 214 b, II.

Häcksel
empfiehlt
A. Oppelt,
Dippoldiswalde. Telefon 162.

Eine Füche
Haferstroh
ist zu verkauf. Weihenkirche 254.

Leifell oder
bedeutet in jeder
gewünschten
Ausführung die
Buchbinderei
Carl Jähne

panneisgauges Engt zu gewinnen. Zur diese Firma kaufte er einen großen Posten Reis. Bei diesem Geschäft erzielte die Firma einen Schaden von 50 Millionen. Bei anderen Geschäften unterging er das Handelshaus zur Aufnahme eines Kredits von 50 Millionen Kronen bei einem Bankhaus zu bewegen. Auch hier eignete er sich 30 Millionen an. Soweit bis jetzt feststeht, hat sich Roeffl nach Marseille eingeschifft. Das Großhandelshaus ist infolge des Niedergangs in Schwierigkeiten geraten.

Rechte Nachrichten.

Der politische Schwindel vom Waffenstillstand.

Berlin, 13. Mai. (U.) Über den angeblichen Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen der Internationalen Kommission und Korshanty ist bis zur Stunde an Berliner amtlicher Stelle noch nichts Bestimmtes bekannt. Der deutsche Vertreter in Oppeln hat sich Donnerstag mittag zu General Lerond begeben, um Aufklärung hierüber zu erhalten. Man kann sich nicht verhehlen, daß im Falle einer Bestätigung eine außerordentliche Verschärfung der Situation eintreten würde. Nach den letzten aus Oberschlesien eingetroffenen Nachrichten ist die Lage im allgemeinen unverändert. In Kampfhandlungen ist es nicht gekommen. Korshanty baut in den Industriekreisen seine Zivilverwaltung weiter aus. Er geht jetzt daran, die Eisenbahndirektion Katowitz zu übernehmen. Auf einem Teil der Strecke ist von den Polen der Betrieb bereits übernommen worden. Im Kreise Rosenberg sind als Folge der von Korshanty bereits zum Gegenstand eines Ultimatums an den deutschen Reichskanzler gemachten Verhaftungen polnisch gesetzter Personen Geiseln festgenommen worden, darunter ein katholischer Priester in Wilkau, sowie mehrere Beamte, Kaufleute, Fabrikanten usw.

Oppeln, 13. Mai. (U.) In den Nachmittagsstunden des Donnerstag begaben sich Vertreter der politischen Parteien und der Gewerkschaften zu General Lerond und forderten noch einmal in der schärfsten Weise Erklärungen über den Funkspruch der Warschauer Regierung. General Lerond erklärte erneut, daß weder er noch seine Unterführer in Verbänden eingetreten sind. Er würde vielmehr jetzt mit den schärfsten Waffen gegen die Insurgents vorgehen. Italiener und Engländer würden zur Verstärkung nach Oberschlesien kommen. Die Vertreter der politischen Parteien wiesen darauf hin, daß die Geduld der Deutschen nunmehr erschöpft sei und daß sie auch durch Drohungen des Generals Lerond nicht von dem Selbstschutz abbringen lassen würden. Diese Unterredung wurde der Bevölkerung bekannt gegeben. Sie hatte zur Folge, daß um 6.15 Uhr der Generalstreik abgebrochen wurde.

Sozialistischer Parteitag.

Görlitz. Der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratischen Partei findet hier vom 18. bis 24. September statt.

Die Haupttheater bringen sich in Sicherheit.

Beuthen, 12. Mai. Bankdirektor Drulghy, der polnische Plebisizitätskommissar für Gleiwitz, ist mit seiner Familie geflüchtet. Ebenso ist der Redakteur Peter Pronoboi, der Leiter der „Oberschlesischen Grenzzeitung“, nach Polen geflüchtet.

Unbedingt zugrunde gerichtet.

Die Belgrader Zeitung "Prawda" schreibt: Deutschland ist, wenn man ihm Oberschlesien zur Hälfte nimmt und das Ruhrgebiet okkupiert, unbedingt zugrunde gerichtet.

Frankreich wartet auf Einmarschgelegenheit.

Strasburg, 12. Mai. Die Pariser Korrespondenten der Strasburger Zeitungen berichten, daß Frankreich seit entschlossen sei, an den den Verfallsterminen folgenden Tagen in das Ruhrgebiet einzumarschieren, wenn Deutschland seinen ihm auferlegten Verpflichtungen jeweils nicht pünktlich nachkomme.

Wetter-Nachrichten.

Unbefugter Nachdruck wird streng verfolgt.

15. Mai: Wolken, Sonne, vielfach Gewitter, warm.
16. Mai: Raum verändert.
17. Mai: Sonne mit Wolken, strichweis Gewitter, warm.
18. Mai: Heiter, angenehm, meist trocken.
19. Mai: Wenig verändert.
20. Mai: Heiter, warm, schön, windig.
21. Mai: Wenig verändert.

Eine Stimme in der Wüste.

Der bekannte Engländer Morel warnt in der Zeitschrift

"Foreign Affairs" davor, sich der Politik des französischen Militarismus anzuschließen, der Deutschland zu einer Furie der Nachkrieg aufzustacheln würde, und sei es auch nur deshalb, „weil England seine jungen Schone nicht zu einem gewaltigen und sinnlosen Tode im Mannesalter verurteilt sehen will“. Er fragt, ob England die unausbleiblichen Folgen tragen wolle, weil alle Mütter und Väter in Deutschland ihre Jugend aufziehen würden mit der Lehre:

„Sie haben unsere Übergabe unter falschen Vorwänden verlangt. Sie haben uns einen ehrenhaften Frieden versprochen; wir legten unsere Waffen nieder. Als wir hilflos waren, zwangen sie uns, einen Frieden zu unterzeichnen, der uns zu Tode im Leben verurteilte. Sie führen fort, uns noch monatelang verhungern zu lassen; sie haben Gebiete von uns gestohlen, sie eigneten sich unsere Kolonien an, sie raubten uns Kohle und Eisen, sie legten ihre Hand auf das Eigentum unserer Mitbürger im Auslande, sie häusten Demütigungen auf uns. All das tun sie. Diese Dinge können wir vergessen, obwohl es schwer fallen wird. Aber das war noch nicht genug. Sie fügten uns die allergrößte Schmach zu. Aus den Ebenen und Wäldern, aus den Tälern und Sümpfen Afrikas brachten sie Tausende von wilden Männern herüber und ließen sie auf uns los. Jungen, diese Männer haben eure Mütter und Schwester vergewaltigt, das dürft weder ihr, noch dürfen wir es je vergessen, und wir werden es auch nie vergessen lassen.“

Akkord. Nochmals.

An beiden Feiertagen Kollekte für den Allgemeinen Kirchfonds.

1. Pfingstfeiertag — Sonntag den 15. Mai 1921.
Lied: Apostelgesch. 2. 1-13. — Lied: 152.

Dippoldiswalde. 6 Uhr Morgen-Gottesdienst: Pastor Mojen. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl in der Sakristei: Pastor Mojen. 9 Uhr Predigt-Gottesdienst: Sup. Michael. — Chorgesang von G. Schöne. — 11 Uhr Kindergottesdienst (beide Abteilungen): Pastor Mojen. 2 Uhr Unterredung mit den Jungfrauen: Pastor Mojen.

Hennersdorf. 9 Uhr Lesegottesdienst.

Filiaalkirche Schönfeld. 8.30 Uhr Stille Kommunion. 9 Uhr Festgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst.

Johnsbach. 8.30 Uhr Predigt-Gottesdienst. 10 Uhr Kinder-gottesdienst.

Kipsdorf. 9.30 Uhr Predigt-Gottesdienst: Pfarrer Friedrich.

Kreischa. 5.30 Uhr Waldgottesdienst im Wilsch-Steindreieck.

8 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahls. 9 Uhr Festgottesdienst mit Predigt. 11 Uhr Kindergottesdienst. 3 Uhr Taufgottesdienst.

Pöppendorf. 8.30 Uhr Beichte und Abendmahlseifer: Pastor Vorwerk. 9 Uhr Predigt-Gottesdienst: Pfarrer Nadler. 2 Uhr Taufgottesdienst.

Reichstädt. 8 Uhr stilles Abendmahl 8.30 Uhr Predigt-

gottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst.

Ruppendorf. 8 Uhr Stille Kommunion. 8.30 Uhr Festgottesdienst. 10 Uhr Kindergottesdienst.

Sabisdorf. 9 Uhr Predigt-Gottesdienst; anschließend Abendmahl. — Kirchenmusik (an beiden Feiertagen): Schafe in mir. Gott . . . Chorgesang mit Orgel von A. Kern. — 10.30 Uhr Kinder-gottesdienst.

Schellerhau. 9 Uhr Predigt-Gottesdienst. — Chorgesang: Komm, heiliger Geist. — Gemischter Chor von Bortmannskirche. — Anschließend Abendmahl.

Sörenburg. 4 Uhr Predigt-Gottesdienst in der Kapelle.

Schmödeberg. 9 Uhr Predigt-Gottesdienst: Pastor Fischer. — Kirchenmusik: Kleine Pfingstkanzate für eine Solostimme. Chor und Orgelbegleitung von Paul Göder.

Seifersdorf. 9 Uhr Predigt-Gottesdienst mit anschließender Abendmahlseifer.

2. Pfingstfeiertag — Montag den 16. Mai 1921.

Lied: Apostelgesch. 2. 14-18. — Lied: 151.

Dippoldiswalde. 9 Uhr Predigt-Gottesdienst: Pastor Mojen.

— Chorgesang von Mendelssohn.

Hennersdorf. 8.30 Uhr Stille Kommunion. 9 Uhr Festgottesdienst.

Filiaalkirche Schönfeld. 9 Uhr Lesegottesdienst.

Johnsbach. 8.30 Uhr Predigt-Gottesdienst.

Kipsdorf. 9.30 Uhr Predigt-Gottesdienst mit anschließender Abendmahlseifer.

Sabisdorf. 9 Uhr Predigt-Gottesdienst. 2 Uhr Taufgottesdienst.

Schellerhau. 9 Uhr Predigt-Gottesdienst. 10.30 Uhr Kindergottesdienst.

Schmödeberg. 9 Uhr Predigt-Gottesdienst: Pfarrer Friedrich.

— Kirchenmusik: Vater unser für Sopran solo und Orgelbegleitung von Krebs. — 10 Uhr Kindergottesdienst.

Seifersdorf. 9 Uhr Predigt-Gottesdienst.

I Paar starke Belgier,



Apfelschimmel, sehr gut siehend, Stute und Hengst, tadellos zusammenhaltend, Stute Anfang nächsten Monats föhlend, verlaufen sofort überall.

Ufer & Grudzinsky,

6. m. d. g.,
Lehmühle, Post Frauenstein 39.

Heute frisch eingetroffen empfiehlt
Prima Stangen-Spargel, Rhabarber, Standesalat, Spinat, Radieschen, junges Gemüse, wie Kohlrabi, Möhren usw.

Markthalle Ewald Helmann,

Freiberger Platz 228.

Bohneusoffee, verschiedene gute Qualität von 22.— M. an, von 14—20

Kafao von 22.— M.

Preisselbeeren in Zuder, Marmelade, Zuderhonig, Syrup, sowie verschiedene Puddings bei

Ewald Helmann, Markthalle.